

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heintmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind
ganzjährig an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von
Joh. van Nieuwen in Krefeld, Rath. Kirchstr. 65.
A 3232323 Fernsprech-Nr. 1358. P. 1358

Nr. 36. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 4. September 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der finanzielle Bankrott des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter. — Zur Kampfesweise des vollen Textilarbeiterverbandes. — Bericht der Kgl. württembergischen Gewerbeinspektion. — Aus dem Verhandlungsgebiet: Lohnbewegungen und Arbeitsverhältnisse: Delmenhorst. — Aus unsern Bezirken: Bezirk Baden. — Bezirk Münster. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Cottbus. — Dillenburg. — Eupen. — Forst (Kauß). — Hannover-Linden. — Langensiefel. — Meissen. — Neumünster. — Sommerfeld. — Strauß. — Wittau. — Gewerkschaftliches: Aus unseren Verbänden: Tabakarbeiter und Reichshörsing. — Aus gegnerischen Organisationen: Wieder einer! — Ein Fachabteilungs-Schwindel. — Allgemein Gewerkschaftliches: Der Generalstreik der bayrischen Spiegelglasarbeiter. — Ausstellungen Arbeitwilliger. — Allgemeine Rundschau: Soll die Reichspräsidenten-Konvention Kränkelnder gepöndelt werden? — Allgemeines: Der Zentralverband der deutschen Druckereiarbeiter. — Die Aufwendungen der 31 deutschen Versicherungskassen für gemeinnützige Wohnungsbeschaffung. — Briefkasten. — Verammlungskalender. — Angelegen. — Sterbefälle.

Der finanzielle Bankrott des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter!

In dem Artikel „Der Zweck der Übung“, in Nr. 33 unserer Zeitung stellten wir die Behauptung auf, daß der Verband „deutscher“ Textilarbeiter an innerer Fäulnis fränke.

Diese Behauptung hat sich nun in viel schlimmerem Maße als wahr herausgestellt, als wir annehmen konnten. Die in der letzten Nummer des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlichte Uebersicht über die Entwicklung der „freien“ Gewerkschaften im Jahre 1908 zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, daß die Zeitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes durch eine geradezu frivole Wirtschaftsweise ihre Organisation in finanzieller Hinsicht glücklich auf den Hund gebracht hat.

Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter steht tatsächlich vor dem finanziellen Bankrott. Die Tatsache, daß die Lohnbewegungen des sozialdemokratischen Verbandes im letzten Jahre nichts anders als eine Kette von Niederlagen bildeten, findet ihren Grund darin, daß dieser Verband vollständig ohnmächtig dem kapitalkräftigen, organisierten Unternehmertum gegenübersteht.

Bei einem angeblichen Mitgliederbestande von 108.120 am Schluß des Jahres 1908 hatte die „freie“ Textilarbeiterorganisation ein Vermögen in der Zentralkasse von sage und schreibe nur 87.404 Mark. Das macht auf den Kopf des Mitgliedes

ganz 36 deutsche Reichspfennige. Das Gesamtvermögen inklusive Inventar betrug am gleichen Zeitpunkt 210.433 Mark. Ein derart lächerlich geringer Vermögensbestand der Zentralkasse für eine Organisation mit dem angegebenen Mitgliederbestande kommt einem finanziellen Bankrott gleich.

Demgegenüber betrug der Bestand der Zentralkasse des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands am Schluß des vergangenen Jahres 420.165 Mark oder auf den Kopf des Mitgliedes

12,46 Mark, das ist 34 mal soviel als im „deutschen“ Verbande. Das Gesamtvermögen der christlichen Textilarbeiterorganisation betrug zur genannten Zeit inklusive Inventar 478.265 Mark.

Textilarbeiter und -Arbeiterinnen, prüfet und wäget! Welche Organisation vermag dem organisierten Unternehmertum den sichersten Widerstand zu bieten? Welche Organisation kann eure wirtschaftlichen Interessen am besten vertreten? Die Antwort muß lauten:

„Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.“

Nicht mit Phrasen und radikalen Redensarten wird die Arbeitszeit verkürzt oder der Lohn erhöht. Auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird die Organisation Durchgreifendes leisten können, die durch eine starke Klasse in der Lage ist, dem Unternehmertum zähen Widerstand zu bieten.

Finanzreform und christliche Gewerkschaften.

Unsere christlichen Gewerkschaften sind nach ihrem Programm politisch neutral. Wir haben diese politische Neutralität hauptsächlich aus zwei Gründen postuliert. Erstens sollte der Ausschluß politischer Fragen unserer Bewegung die Möglichkeit geben, sich um so ausschließlicher und entschiedener ihrem weitesten Zweck der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu widmen. Die Frage der günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist die weitestwichtige unter den Fragen, welche das wirtschaftliche Interesse der Ar-

beiter berühren; sie erscheint uns so wichtig, daß wir alles das, was die Kraft unserer Bewegung ablenken könnte, vermeiden wollen. Zweitens aber gebot es die Zweckmäßigkeit, diese politische Neutralität unentwegt festzuhalten. Die christlichen Gewerkschaften wollen den Anhängern aller bürgerlichen Parteien die Möglichkeit bieten, sich jenseits der sozialdemokratischen Klassenkampfgründung gewerkschaftlich zu organisieren und tatkräftig an der Verbesserung ihrer Lage arbeiten zu können. Bei der Verschiedenartigkeit und vielfachen Gegenfährlichkeit der politischen Auffassungen mußte deshalb unsere Bewegung alle politischen Fragen, insbesondere alle parteipolitischen, ausschließen. Für die Vertretung der politischen Interessen, die ja sehr oft auch die Arbeiterinteressen sehr stark berühren, sind unsere Mitglieder auf die Parteien angewiesen, denen sie angehören und innerhalb deren sie sich nach Kräften betätigen sollen.

Dieser Standpunkt ergibt für unsere Bewegung gewisse Schwierigkeiten.

Die freien Gewerkschaften haben uns gegenüber einen erheblich leichteren Standpunkt. Sie sind eins mit der Sozialdemokratie, akzeptieren deren Klassenkampfgründung und unterstützen deshalb offiziell deren Politik. Es haben sich zwar auch hier zwischen den Gewerkschaften nicht unerhebliche Differenzen ergeben. Vor allen Dingen war stets umstritten die Bewertung gewerkschaftlicher Arbeit seitens der sozialdemokratischen Partei. Der Streit darum reißt bis jetzt niemals ab, und gerade in der letzten Nummer des Korrespondenzblattes der Generalkommission (Nr. 32) wankte sich der sozialdemokratische Robert Schmidt, Arbeitersekretär in Berlin, ziemlich scharf gegen die Beringung der Gewerkschaftsarbeit seitens der sozialdemokratischen Theoretiker Kautsky und Genossen. Aber immerhin haben die freien Gewerkschaften es viel leichter wie wir, da bei ihnen im letzten Grunde die Partei auf die Gewerkschaften und umgekehrt die Gewerkschaften auf die Partei angewiesen sind. Deshalb spielt die Generalkommission gewissermaßen die Rolle eines Beirats des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Ganz anders bei uns. Die bürgerlichen Parteien vertreten oft sehr entgegengesetzte Anschauungen in religiösen und wirtschaftspolitischen Fragen. Wollten unsere christlichen Gewerkschaften auch die letzteren in dem Bereich ihrer Betätigung ziehen, so könnte dies nur geschehen durch Verpflichtung auf ein bestimmtes politisches Programm. Damit wäre aber unsere Bewegung von vornherein zur Ohnmacht verurteilt, da wir nur dann ein starker Faktor im Gewerkschaftsleben sein können, und unsere Hauptaufgabe, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, erfüllen können, wenn möglichst allen Arbeitern, welche Anhänger der bürgerlichen Parteien sind, die Möglichkeit der Mitarbeit gegeben wird.

Diese unsere eigenartige Stellung zwingt uns zum Verzicht auf die

Erörterung mancher Fragen politischer und wirtschaftspolitischer Art,

an denen wir als Arbeiter unbedingt ein Interesse hätten und es bedarf einer großen Disziplin und tiefen Erkenntnis des Beweises unserer christlichen Gewerkschaften, um die strikte politische Neutralität aufrecht erhalten zu können. Wir können deshalb nicht hindern, daß die Wogen des politischen Lebens, wenn sie ganz besonders hoch gehen, auch ihre Spritze hinüberwerfen in die Reihen der christlichen Gewerkschaften. Es kommt dann jedesmal darauf an, ob in unserem Innern alles so gefestigt und diszipliniert ist, daß ein solcher Wogenprall keine Verheerungen anrichtet. Wir können uns auch gegen solche Wellenbewegungen des politischen Lebens nicht schützen durch Resolutionen oder Beschlüsse. Jede der auftretenden Fragen muß in ihrer Eigenart gemessen werden an den Grundfragen und Interessen unserer christlichen Gewerkschaften.

Zum ersten Male hatten wir eine der oben bezeichneten Schwierigkeiten zu überwinden beim **Posttarif im Jahre 1902.**

Unsere junge Bewegung war damals innerlich noch nicht so gefestigt wie heute. Die Führer hatten noch nicht durch langjähriges Zusammenarbeiten Erfahrungen und persönliche Werkschätzung sammeln können. Deshalb kam vorübergehend ein heftiges Schwanken in unsere Bewegung, das aber aus eigener Kraft überwunden wurde.

Ein mächtiger politischer Wogenprall schlug alsdann bei den

Reichstagswahlen im Jahre 1907

in unsere Reihen. Diese Wahlen wurden durch scharfe Anspannung politischer und nationaler Gegensätze durchgehoben. Die bürgerlichen Parteien selbst fanden hier miteinander in einem heftigen politischen Ringen. Einzelne Angestellte der christlichen Gewerkschaften ließen sich trotz vorhergegangener Warnungen zur Vorsicht dazu verleiten, unsere Bewegung zu sehr zu exponieren. In einem Teile Deutschlands nahm man es bitter übel, daß Anhänger der Zentrumspartei, welche gleichzeitig Gewerkschaftsangestellte waren, offen für ihre politische Partei eintraten und nicht die nötige scharfe Scheidung zwischen den Gewerkschaftsinteressen und denen der politischen Parteien machten. Umgekehrt ließen sich den gleichen Fehler evangelische Mitglieder in nationalliberalen Wahlkreisen in einem anderen Teile Deutschlands zu schulden kommen. Aber das waren Einzelercheinungen, und der Gewerkschaftsausschuß nahm damals Veranlassung, dort, wo Fehler vorgekommen waren, dieselben entprechend zu rügen und **Verhaltensmaßregeln** für die Zukunft zu geben.

Die durch die Wahlen im Jahre 1907 geschaffene politische Situation war ebenfalls nicht ohne Schwierigkeiten für unsere Bewegung. Aber sie hat keinerlei nachteilige Folgen gezeigt. Es ist eine der rühmlichsten Beispiele von Selbstbeherrschung und von Tatkraft, welches die führenden Kollegen in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung seit diesen Wahlen abgelegt haben. Modereger und Moderanbänger waren im Vorstand, im Ausschuß und auf den Kongressen unserer Bewegung vertreten. Jemand eine Disharmonie persönlicher oder sachlicher Art hat sich nicht herausgestellt. Es blieb für diese Area als bemerkenswerter Wert zu verzeichnen, daß die sozialpolitischen Aufgaben im Reichstag trotz der heftiger Parteigegensätze nicht gelitten haben. Als Gelegenheit gehabt haben, in der Kommission zur Vorbereitung der Gewerbeordnungs-Novelle und des Arbeitsamtesgesetzes mitzuarbeiten werden wir bestätigen, wenn ich sage, daß der Modereger und Moderanbänger, der das Streben nach Ausschließung einer bürgerlichen Partei bei der Beschlußfassung der sozialpolitischen Gesetze als ein Ausbruch gelommen ist. Modereger und Modereger haben hier friedlich an erfolgreich gearbeitet.

Eine größere Schwierigkeit hat allerdings das verabschiedete Vereinsgesetz.

Es brach uns den „Fall Behrens“ Kollege Behrens hatte, in eine politische Notwendigkeit verkehrt für das Vereinsgesetz mit seiner Ausnahmebestimmung für die fremdsprachlichen Deutschen gestimmt. Die große Staatsaktion, welche daraus die Sozialdemokraten zu machen versuchten, ist kläglich ins Wasser gefallen. Dieser politische Wogenprall war schon eine gefestigte Organisation und in hartem Kampfe um die Arbeiterinteressen erprobte Führer vor, deshalb konnte er uns nicht schaden, wenn er auch nicht gerade unsere Sache gefördert hat.

Eine Situation ähnlicher Art hat uns jetzt die Reichsfinanzreform und die hiermit verbundene neue politische Konstellation gebracht. Die Tatsache, daß die Arbeiterabgeordneten der bürgerlichen Parteien, die zum Teil sich in führenden Stellungen in anderen christlichen Gewerkschaften befinden, mitgeholfen haben, im Reichstag die Finanzreform zu erledigen, wird von unseren Gegnern ausgenutzt zu einer wüsten Hege gegen die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und gegen unsere Arbeiterabgeordneten im besonderen.

Die Finanzreform

hat kein direktes Interesse für unsere christlichen Gewerkschaften. Sie ist eine politische Frage und war es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders. Mit diesen politischen Vorkommnissen im Reichstag haben die christlichen Gewerkschaften nichts zu schaffen. Sie haben keinen Einfluß auf die Gestaltung dieser Dinge und müssen deshalb auch jede Verantwortung dafür ablehnen. Genüß ist die Finanzreform eine außerordentlich wichtige Sache. Jeder national denkende Mann muß im Interesse von Volk und Vaterland und der geistlichen Entwicklung unseres nationalen Wirtschaftslebens dringend wünschen, daß das Deutsche Reich aus seinen traurigen Finanzverhältnissen herauskommt. Das innere Deutschland nach außen hin und seine Stärke im Innern ist nicht zuletzt eine wichtige Vorbereitung für die geistliche Entwicklung aller Gewerkschaftsverhältnisse, von denen die Lohn- und Lebensfrage der Arbeiter abhängig ist. Insofern mußten wir auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus den Wunsch haben, daß die Finanzreform erledigt würde. Aber auf die Art, wie sie erledigt worden ist, haben wir keinerlei Einfluß. Diese Frage liegt außerhalb der Kompetenz unserer Bewegung. Wie wir im Jahre 1902 die Zollgesetzgebung als eine Frage bezeichnet haben, die nicht zu den spezifischen Aufgaben unserer Gewerkschaften gehört, so müssen wir auch heute das gleiche festhalten gegenüber den neuen Steuererlassen. Und was 1902 vom Ausschuß festgelegt worden ist, daß damit nicht ausgeschlossen sein soll, daß eine einzelne Personengruppe, deren Interesse von der Steuererhebung besonders erfaßt wird, sich mit dieser sie speziell angehenden Frage befaßt und dahin strebt, eine Lösung möglichst zu Gunsten des Gewerbes und der Arbeiter herbeizuführen, das trifft z. B. diesmal voll und ganz zu bezüglich des christlichen Tabakarbeiterverbandes. Es war dessen wohlbegründetes Recht, dahin zu wirken, daß die Tabaksteuererhebung verabschiedet wurden in einer Art, die die Interessen des Gewerbes und der mit ihm verbundenen Arbeiter möglichst wenig schädigen. Insofern ist auch der christliche Tabakarbeiterverband durchaus berechtigt, an dem Verhalten der christlichen Arbeiterabgeordneten sachliche und objektive Kritik zu üben. Ebenso ist es nicht bloß berechtigt, sondern durchaus notwendig, daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit dem Bruderverband hilft, die durch die Steuererhebung im Bereiche hervorgerufene Krise zu überwinden.

Aber alle Theorie ist grau, und die praktischen Verhältnisse gestalten sich oft so, daß auch wir in der Abwehr gezwungen werden können, politische Verhältnisse zu erörtern. Dieser Fall liegt am ehesten jetzt bei der Steuerreform vor. Dadurch, daß eine Reihe führender Kollegen Reichstagsmandate hat, kommen wir in eine schwierige Stellung. Man wird nur zu leicht die politischen Handlungen unserer Kollegen in den Parlamenten unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Last legen. Was sie zu viel oder zu wenig getan haben sollten in ihrer politischen Tätigkeit, wird als Angriffsfläche gegen unsere Gesamtbewegung benutzt. Und gegenwärtig

erfahren wir Angriffe von zwei Seiten, einerseits aus den evangelisch-liberalen Kreisen, und andererseits aus der sozialdemokratischen Presse, in Verbindung mit der Gewerkschaftspresse, eine wüste Hege gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten entfesselt.

Was die Angriffe aus dem liberalen Lager angeht,

so können wir mit ihnen schnell fertig sein. Hier ist es wohl nicht böser Wille, sondern Verkennung des Charakters unserer Bewegung, der zu den trüchtigen Angriffen geführt hat. Man beschuldigt unsere Arbeiterabgeordneten, daß sie geholfen haben, die Finanzreform zustande zu bringen, für bestimmte Steuern gestimmt und andere abgelehnt zu haben. Wir verzeichnen darauf, eine Blütenlese der ungerechten Kräfteausdrücke wiederzugeben, die wir ganz besonders in der evangelischen Arbeiterpresse gefunden haben. Die nämlichen Leute würden den Arbeiterabgeordneten die schärfsten Vorwürfe machen, wenn sie an der Finanzreform nicht mitgearbeitet hätten, wenn die frühere Mehrheit in der Lage gewesen wäre, die Steuererlasse zu verabschieden. Hier geht man wieder von der Voraussetzung aus, es ließe sich mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung für die eine oder andere politische Richtung Geschäfte machen. Das ist ausgeschlossen. Was die Arbeiterabgeordneten in politischen Fragen tun und lassen, das haben sie in der politischen Arena zu vertreten und zu verteidigen. Die christlichen Gewerkschaften geht das nichts an, solange nicht prinzipielle Grundlagen der Arbeiterbewegung berührt werden oder die politischen Fragen gleichzeitig Gegenstände gewerkschaftlicher Interessen sind. Beides ist ganz zweifellos bei den Steuerfragen nicht der Fall.

Eine schärfere Zurückweisung verdienen allerdings die

Angriffe aus sozialdemokratischem Lager.

Die gesamten sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter bringen ähnlich wie im Zollkampf heftige Angriffe gegen die christlichen Arbeitervertreter, ganz besonders gegen die Arbeiterabgeordneten. Daß dieselben die üblichen phrasenhaften Ueberreibungen und Unzulänglichkeiten aufweisen, braucht wohl kaum weiter hervorgehoben zu werden. Da es bei diesen Angriffen nicht um eine sachliche Auseinandersetzung zu tun ist, sondern lediglich um eine Verhöhnung der christlichen Arbeiter gegen ihre Führer, so erübrigt es sich für uns, auf die sachliche Unhaltbarkeit der Angriffe einzugehen. Diese Stellungnahme erfolgt besser in der politischen Presse und an den Stellen, wo unsere Arbeiterabgeordneten verantwortlich über ihre Tätigkeit zu berichten haben.

Man verjucht dabei folgende Taktik anzuwenden. Die christlichen Gewerkschaften sollen in Widerspruch und in

Gegensatz gebracht werden zu den bürgerlichen Parteien,

um sie von diesen abzubringen. Zu diesem Zweck muß vor allen Dingen ein Keil getrieben werden zwischen die führenden Kollegen und die breite Masse unserer Mitglieder. Wir finden deshalb, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse in den letzten Jahren alle kleineren und größeren Vorkommnisse auf politischem und sozialpolitischem Gebiete dazu benutzt, um die Arbeiterabgeordneten zu denuncieren als Menschen, die die Arbeiterinteressen vertreten zu Gunsten der Anhänger der bürgerlichen Parteien. Ihre Stellungnahme zu den verschiedenen sozialpolitischen Fragen wird in der unwahrscheinlichsten Weise dargestellt. Das alte Rezept, das einmal der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes seinem Kollegen Otto Hue schrieb: „Die Führer vor den Bauch treten und die Arbeiter streicheln“, ist heute mehr als je üblich. Zu gleicher Zeit dienen diese Manipulationen dazu, um die Aufmerksamkeit von bestimmten Vorgängen im sozialdemokratischen Lager abzulenken. Die gegenwärtige Steuerreform gibt nun eine ganz besonders günstige Gelegenheit zu einer solchen Attacke. Jede neue Steuer bringt für alle die Kreise, welche davon betroffen werden, erhebliche Mißstimmung und Unzufriedenheit, und die eigenartige Lage, in der sich das Deutsche Reich in der Beschaffung seiner Einnahmequellen befindet, gibt der demagogischen Volksverhöhnung scheinbar wirkungsvolle Anhaltspunkte, aber auch nur scheinbar. Bei näherer Betrachtung des Gesamtsteuerwesens in Staat, Reich und Gemeinde würde man erkennen, daß unser Vaterland nicht mit konstanter Bosheit die minderbemittelten Volksklassen allein zum Steuertragen herangezogen hat unter offensichtlichster Schamung der besitzenden Klassen, wie dies den breiten Massen durch die sozialdemokratische Agitation suggeriert wird. Aber auf diese Einzelheiten wollen wir uns nicht näher einlassen. Wir wollen uns zum Schluß damit begnügen, folgendes festzustellen:

1. Die christliche Arbeiterbewegung treibt keine einseitige Klassenpolitik. Ihr Ziel ist vielmehr, der Arbeiterklasse die gleichberechtigte Stellung in Staat und Gesellschaft zu ertingen, die der Lohnarbeitersstand entsprechend seiner Zahl und seiner Bedeutung für unser Wirtschaftsleben mit vollem Recht beanspruchen kann. Die christlichen Gewerkschaften haben die direkte Aufgabe, diese Gleichberechtigung vor allem im Wirtschaftsleben zur Geltung zu bringen. Die christlichen Arbeiter sind jedoch ebenso sehr an der Verwirklichung dieser Gleichberechtigung im allgemein staatsbürgerlichen Leben interessiert. In dieser letzteren Aufgabe können die christlichen Gewerkschaften sich jedoch nicht direkt beteiligen. Die christlichen Arbeiter sind hier angewiesen auf eine entscheidende Betätigung innerhalb der Parteien, denen sie angehören. Es sind hier im

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. In Nr. 32 unseres Fachorgans brachten wir einen Artikel betitelt "Gaustrahlungsbudget eines Nachener Appreturarbeiters", in welchem ein Druckfehler enthalten war, den wir sofort in der nächsten Nummer richtig stellen. Der Fehler bestand darin, daß anstelle des Wortes "sogenannte" Arbeiter "sozialdemokratische" Arbeiter gesetzt worden war. In dem fraglichen Artikel war mit keiner Silbe der "deutsche" Verband angegriffen worden, trotzdem wir grade bei dem Kapitel über die Lage der Appreturarbeiter in Nachen manche in der Vergangenheit liegende und für den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband wenig rühmliche Begebenheiten hätten ausgraben können.

Es lag also für den "Textilarbeiter", dem Organ des "deutschen" Verbandes, keinerlei Veranlassung vor, eine Schimpfepistel vom Stapel zu lassen, wie er es in seiner Nr. 34 vom 20. August getan hat. Im Gegenteil hätte er, da unsere Berichtigung sofort erfolgte, Klug geübt, zu schweigen, da er sich mit seiner Kanonade gänzlich in die Wüste geschick hat.

Der Umstand, daß der "Textilarbeiter" so wild um sich schlägt, wenn auch unbesorglich, von "sozialdemokratischen" Arbeitern die Rede ist, die sich etwas zu Schulden haben kommen lassen, zeigt, wie eng die sozialdemokratische Partei und die "freien" Gewerkschaften auch in Nachen verdrängt sind, ausgerechnet in der Stadt, in welcher die "freien" von jeder den Neutralitätsklappen geschworen haben und den Arbeitern vorredeten, sie seien nicht religionsfeindlich, sie hätten nichts mit der Sozialdemokratie zu tun. Die Tatsache, daß der "Textilarbeiter" und dessen Nachener Berichtshalter sich zum Anwalt berufen, kann uns nur erwidern, wie sich jeder denken kann, manchem Nachener Textilarbeiter die Augen zu öffnen.

Geradezu lächerlich wirkt es, wenn der "Textilarbeiter" behauptet, daß durch die im Jahre 1906 vom "deutschen" Verbande in Nachen inszenierte Appreturarbeitersbewegung der Lohn im allgemeinen gestiegen sei. Das grade Gegenteil ist der Fall. Wenn die Löhne der Nachener Appreturarbeiter in den letzten Jahren etwas gestiegen sind, so ist dieses, und darin wird uns wohl jeder denkende Mensch recht geben, nicht auf eine von den "Deutschen" inszenierten und jämmerlich vertriehenen Lohnbewegung zurückzuführen. Diese Bewegung war schon verloren, bevor sie begonnen hatte. Nachdem die Textilarbeiterausperrung im Jahre 1906 für die "Deutschen" in Nachen nicht den gewünschten Erfolg gehabt, d. h. der Fitzschlag ins Erbe ergebnislos verlaufen war, wurde von der damaligen Be- rühmten Führung der "Deutschen" in Nachen ein neues Operationsfeld gesucht, und als Versuchsmittel für die Provozierung einer neuen Ausperrung sollten die armen Appreturarbeiter dienen. Bei den Firmen Schöps u. Reis, Wloß Knops und S. Köpper Sohn wurde gleichzeitig Lohngestiegen mit Arbeitern, die am Tage vorher noch unorganisiert waren und denen man Unterstützung zusagte. Die Arbeitgeber taten den "deutschen" Strategen den Gefallen nicht, sie sperren nicht aus, die Bewegung ging durch Streikbruch, teilweise aus den eigenen Reihen, zu Grunde, und der Erfolg war, daß die armen bedürftigen Arbeiter auf der Straße blieben und Mitleidigkeit, Zurechtweisung und Verbitterung in den Reihen der Nachener Appreturarbeiter plagte, die eine systematische Erziehung zu tüchtigen Gewerkschaftlern so notwendig geübt hätten.

Wenn der "Textilarbeiter" mit solchen "Erfolgen" prunken will, so tut er gut daran, sie anderswo, nur nicht in Nachen aufzutischen, da man sie dort richtig einschätzen weiß.

Der "Textilarbeiter" glaubt auch auf das Verhalten einiger christlich organisierten Arbeiter bei der Firma Struch u. Wattenant hinweisen zu müssen. Wir haben das unkluge Vorgehen dieser Arbeiter verurteilt, aber zwischen dem Vorgehen dieser Kollegen und demjenigen eines sozialdemokratisch organisierten Ausschusses in Nachen eine Kachener Lohnbewegung, welches für täglich zwei Liter Schnaps die Belegschaft verkaufen wollte, besteht doch ein himmelweiter Unterschied. Genügt dieses Urteil "Textilarbeiter"?

In den letztgedruckten Schlussätzen seiner Schimpfepistel glaubt der "Textilarbeiter" seinen, aus den letzten Nummern dieses "Fachorgans" sattem bekannten, politischen Kleyper befehlen zu müssen, um die Nachener Textilarbeiter das Grinsen vor den Zentrumsgerichtshäusern zu heutzubringen. Köstlich ist der Satz: "Die Lösung jedes recht denkenden und konsequent handelnden Textilarbeiters ist demnach, hinein in jene Organisationen, deren Schild noch rein ist von jeglichem Arbeiterverrat."

Was mögen wohl manche Mitglieder des "deutschen" Verbandes beim Lesen dieser eignen Lobeshymne gedacht haben? Erinnern wir uns recht, so ist dem "deutschen" Verbande schon an manchen Orten von seinen eigenen Mitgliedern ein anderes Lied als von einem "reinen Schilde" in bezug auf Vertretung von Arbeiterinteressen gelungen worden, und soll es sogar schon Vertreter des "deutschen" Verbandes gegeben haben, die bei gewissen Anlässen ihre liebe Laß und Mühe hatten, sich den "lieben" Umarmungen durch ihre eigenen Mitglieder zu entziehen. Wir trösten uns mit dem Gedanken: Ein jeder blamiert sich, so gut er kann, und wünscht, daß der "Textilarbeiter" noch oft den Nachenern das wahre Gesicht des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes gegen uns, er wird dann finden, daß sein Geschrei ein Teil ist jener Kraft, die für uns das Böse will und das Gute schafft.

Cottbus. Ueber die neuesten Vorgänge auf gewerkschaftlichem Gebiet sprach in der Versammlung am 14. August Kollege Voigt-Fork. Der Vortrag brachte reichlich aufklärendes Material zur Abwehr der Hege seitens der gegnerischen Verbände. Die ganze Kunst der "Freien" zerfiel auch hierorts in ein Nichts; im Gegenteil hat unser Verband nur einen Fortschritt zu verzeichnen. Noch öfters solche Mauerbau, und die "frei" organisierten Arbeiter werden bald wissen, wie gut sie aufgehoben sind.

Dülken. Es muß noch immer wieder auf die Anmeldung der Arbeitslosen hingewiesen werden, weil hierdurch oft Schwierigkeiten entstehen. In der letzten Vorstandssitzung wurde folgender Beschluß gefaßt: 1) Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat die Pflicht, sich sofort bei einem Vorstandsmitglied anzumelden, 2) ist ein Mitglied mehrere Tage arbeitslos, so ist dasselbe verpflichtet, sich jeden Tag nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr bei dem betreffenden Vorstandsmitglied zwecks Kontrolle zu melden. Wir ersuchen die Mitglieder dringend, diese Bestimmungen genau zu befolgen, denn arbeitslose Tage, die nachträglich angemeldet werden, können nicht berücksichtigt werden. Anmeldungen können bei folgenden Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern gemacht werden: Joh. Ramacher, Bienenstr. 116; Heinrich Leppers, Tomhof 3; Wih. Heines, Sternstr. 24; Heinrich v. a. Dol, Bucherweg 5; Wih. Hüttenbach, Stralenerweg.

Cuppen. In der am 24. August abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung wurden als Delegierte zur Bezirkskonferenz die Kollegen Jaf. Dieben, Hub. Willebrand und Kollegin Anna Sabelberg gewählt. Sodann verbreitete sich unser Vorsitzender über die wüste Hege der Sozialdemokratie, speziell des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes gegen unsere Zentralvorstände, Kollegen Schiffer, der nach Angabe ihres Organs schuld daran sei, daß durch die Bewilligung der neuen Steuern die Arbeiterchaft schwer belastet würde. In seinen Ausführungen wies Redner darauf hin, daß man es von den Genossen nach ihrem bisherigen Standpunkte nicht erwarten könne, daß sie den politisch und gewerkschaftlich Andersdenkenden gegenüber bei der Wahrheit bleiben. Da die christliche Arbeiterchaft aber das unehrliche Treiben der Genossen schon längst durchschaut hätte, würde die Hege das Gegenteil von dem erreichen, was sie erreichen sollte. Wie die Cupener Arbeiterchaft über das Treiben der Genossen denkt, beweist die einstimmige Annahme folgender Resolution:

"Die am 24. August im Lokale Schönen tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Ortsgruppe Cuppen, spricht unserm Zentralvorstehenden Schiffer für sein mannhaftes Eintreten für die Arbeiterinteressen bei Gelegenheit der Beschlässe der Reichsfinanzreform im Reichstage ihr vollstes Vertrauen aus und verurteilt zu gleicher Zeit die arbeiterverräterische Hege der Sozialdemokratie gegen unsern Verband und seinen bedürftigen Vorstehenden.

Fork (Aussig). Unsere Ortsgruppe veranstaltete am 15. August ein Sommerfest in dem nahegelegenen Dörschen Culo. Schon in den frühesten Nachmittagsstunden war der schattige Garten von Teilnehmern voll besetzt. Bei Karpfestreden und Scheibenschießen entspann sich bald das regste Leben; auch den Kindern wurde manche Beschäftigung zuteil. In seiner Festansprache behandelte Kollege Voigt die Stellung der christlich nationalen Arbeiterbewegung in den Kämpfen der Gegenwart. Ein begeistertes Hoch auf unsere christlich nationale Arbeiterbewegung beantwortete die Ausführungen des Vortragenden. Ein reiches Amüsament hielt die Teilnehmer nach viele Stunden bestimmen.

Hannover-Linden. Den Mitgliedern d. Z. hiermit zur Kenntnis, daß vom 1. September d. J. der frühere Schriftführer unserer Ortsgruppe Kollege Heine, Wilhelm, Diebhornstr. 39, die Geschäfte des Kassierers und das Schriftführeramt der Kollege Ernst Krüge, Hannover, Lärstr. 10, übernommen hat. Die Mitglieder werden gebeten, sich diese Bekanntmachung zu merken. Geschäftliche Angelegenheiten sind mit dem Kassierer Sonnabend abends von 6-8 Uhr zu erledigen.

Langerfeld. Unsere Stellung zur sozialdemokratischen Hege. Reges Interesse zeigten unsere Mitglieder, indem sie zu der am 29. August stattgefundenen Versammlung zahlreich erschienen waren. Nach einigen Wahlen besprach Kollege Fahrtenbrach die Frage: "Vertritt unser Verband Arbeiterinteressen oder sollen wir uns dem sozialdemokratischen Verbände anschließen?" An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze, aber lebhafte Diskussion. Der Wunsch des "Textilarbeiters", wir sollten uns dem sozialdemokratischen Verbände anschließen, wurde mit einer schalben aufgefunden. Da feststeht, daß der rote Verband samt seiner Zeitung heute (mit 36 Pfg. pro Kopf in der Zentralkasse am 31. Dez. 08) den Unternehmerverbänden zu Füßen liege und kaum imstande sei, die jetzt geringen Unterstützungen, die weit hinter den Leistungen unseres Verbandes zurückstehen, den Mitgliedern auszugeben. Dazu hatte der rote Verband beim Krümmischer Kampfe rund 300000 Mk. verdient und heute steht er vor dem finanziellen Bankrott. Betont wurde ferner, daß selbst führende Kollegen im roten Verbände mit dessen jetziger Tatstil nicht einverstanden seien und dieselbe als unehrlich bezeichneten. Daß wir schon allein aus ideellen Gründen unserm Verbände treu bleiben, bedurfte keiner weiteren Besprechung. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

"Die heute im Lokale des Herrn Keller zu Langerfeld tagende Versammlung christlicher Textilarbeiter verurteilt entschieden die verlogene und verräterische Kampfesweise der Zeitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes und spricht unserm Zentralvorstehenden Kollegen Schiffer sein volles Vertrauen aus. Die Versammlung erklärt, nach wie vor für die Ausbreitung des christlichen Textilarbeiterverbandes tätig zu sein."

Auf Wunsch des Vorsitzenden wurde noch beschlossen, künftighin die Mitgliederversammlungen pünktlich Sonntag morgens 11 Uhr abzuhalten.

Meißen. In unserer gemeinsamen Gewerkschaftsversammlung am 21. August gab Kollege Waldmann zunächst seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck, sodann referierte er über den siebensten Kongreß der christlich-nationalen Gewerkschaften in Köln. In der sich anschließenden lebhaften Debatte sprachen die Kollegen Spillmann und Soda. Als Bibliothekar wurde Kollege Remann und zum Delegierten nach der Konferenz in Zittau Kollege Kowowski einstimmig gewählt.

Rechenau. In unserer Versammlung am 17. August, zu der auch Mitglieder des christlichen Hüß- und Transportharbeiterverbandes erschienen waren, berichtete unser Vorsitzender Kollege Hule über den Gewerkschaftskongreß zu Köln. Redner verstand es, ein klares Bild über den Verlauf des Kongresses zu geben. Hielten wir treu zu unserer Führern, und je mehr dieselben von den Gegnern angegriffen und verächtlich gemacht werden, um so treuer wollen wir zu ihnen halten, so schloß Redner seinen lebhaften Vortrag. — Auf der Bezirkskonferenz in Dönsbrunn wird unsere Ortsgruppe durch Kollege Hule vertreten werden. An Stelle eines zurückgetretenen Vertrauensmannes wählte sich Kollege Des Kaminski freiwillig zu dem Posten. Nachdem noch einige interne Sachen geregelt worden, war Schluß der Versammlung.

Sommerfeld. In der am 15. August ds. Mts. abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte der Kollege Reicher-Fork über das Thema: "Die gegenwärtige Lage in der Textilindustrie und was wir daraus lernen sollen." In seinem "hängigen" Vortrag freiste Redner in kurzen Worten auch den gegenwärtigen Kampf zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen und unterzog die Kampfesweise des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes einer scharfen Kritik. Sämtliche Anwesende bewiesen durch ihre Aufmerksamkeit, sowie durch regen Beifall am

Schluß des Vortrages ihr unererschütterliches Vertrauen zu ihrem Zentralvorstehenden. Mehrere an den Referenten in der Diskussion gerichtete Fragen wurden in ausführlicher Weise beantwortet. In seinem Schlusswort ermahnte der Referent alle Anwesenden, fest zur Organisation zu bleiben und appellierte zu weiterer reger Agitationsarbeit.

Sorau N. B. Ueber die gegenwärtige Arbeit unseres Verbandes referierte in der Versammlung am 18. August Kollege Schulze-Fork. Es gelang dem Referenten, den Anwesenden klar zu machen, daß es höchste Zeit sei, die unorganisierten Massen, die in Sorau noch vorhanden sind, zu unserm Verband zu bringen. Speziell die in der Sorauer Leinenindustrie beschäftigten Arbeiter müßten ihr Vorurteil aufgeben, als ob die Gewerkschaft nicht imstande sei, auch für sie eine bessere Lage zu schaffen. Solange dieser Teil der Arbeiterchaft nur küßlos jammert, anstatt daß er sich aufrafft und im christlichen Textilarbeiterverband das Mittel erblickt zur Erbringung eines menschenwürdigen Daseins, würden hier die Unternehmer stets nur noch rückwärts arbeiterschädigende Maßnahmen treffen. Das beständige auch die Tatsache, daß ein Unternehmer nun gar zur Einführung des Bierhühlsystems geschritten sei. Da müßte doch der unorganisierten Arbeiterchaft endlich die Augen aufgehen darüber, wohin es führt, wenn länger noch so viele den Wert gewerkschaftlichen Zusammenschlusses nicht erkennen. Diese unbedingt notwendige Geschlossenheit der Arbeiterchaft werde auch durch die neueste Geharbeit des "freien" Textilarbeiterverbandes untergraben. Hier gab der Referent eine genaue Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse. Unsere Mitglieder möchten die Nr. 33 unserer Textilarbeiterzeitung, die reichlich Aufklärung enthält, fleißig lesen und weitergeben. Die anschließende Diskussion wurde im Sinne des Referenten geführt. Zur Gaukonferenz wurde Kollege Stoy als Delegierter gewählt.

Bei solchen wichtigen Versammlungen müßten unsere Mitglieder bis auf den letzten Mann vertreten sein.

Zittau. In der letzten Mitgliederversammlung am 15. August wurde die grundsätzlich parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften besprochen und bei dieser Gelegenheit die Annahme des roten Textilarbeiterverbandes gegen unsere Vorstehenden, Kollegen Schiffer, mit Entrüstung zurückgewiesen. Kollege Thoma erstattete darauf den Kasienbericht und wurde ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Des ferneren wurde noch die Arbeitslosenpolitik besprochen. Ein Sommerfest für die Mitglieder und deren Angehörige fand Sonntag, den 22. August statt, und kam auch bei dieser Gelegenheit das Zusammengehörigkeitsgefühl in der rechten Weise zum Ausdruck.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Tabakarbeiter und Preiserhöhung. In bemerkenswerter Weise nimmt das Organ des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands, die "Deutsche Tabakarbeiterzeitung" in seiner neuesten Nummer (34) Stellung zu der Frage "Preiserhöhung in der Tabakindustrie und Arbeiterinteressen". Der Artikel kommt unter Würdigung der eigenartigen Verhältnisse in der Tabakindustrie zu dem Ergebnis, daß eine Ueberverteilung der Konsumenten aus Anlaß der jetzt notwendig gewordenen Preiserhöhung an sich kaum möglich ist, andererseits auch die Lage der Arbeiter eine gebündelte Preisgestaltung wünschenswert machen würde. U. a. heißt es in dem Artikel:

"Man hat in der letzten Zeit in der Presse ein behauerlicher Kampf gegen die Befreiungen, die Preise zu erhöhen, eingeleitet. Und zwar sind es nicht nur die Organe der Parteien, die die neue Steuer angenommen haben und denen es nun darauf ankommt, die Folgen kleiner erscheinen zu lassen, sondern verschiedene andere Blätter, darunter auch sozialdemokratische. Dazu kommt noch, daß sozialdemokratische Händler und Volksräuber den übrigen Händlern Konkurrenz machen und zu den alten Preisen verkaufen. Alle diese Bestrebungen, mögen sie nun von dieser oder jener Parteirichtung ausgehen, werden wir mit allem Nachdruck bekämpfen."

Es wird dann an das kürzlich durch die Presse bekannt gewordene Rundschreiben einer Bremer Firma angeknüpft und festgestellt, daß dieses Angebot nur auf Waren Bezug hatte, die unter den alten Steuerverhältnissen hergestellt wurden. Es sei also ungerecht, mit einem unter den alten Verhältnissen veränderten Zirkular zu "beweisen", daß unter den neuen Verhältnissen keine sofortige Preiserhöhung notwendig sei. Wer selbst, wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätte es sich hier doch nur um eine offensibare Schmutzkonzurrenz handeln können. Wärtlich schreibt das Organ:

"Und eine solche sollte doch nicht als Kronzeuge dafür dienen müssen, daß eine Preiserhöhung auf Zigarren usw. noch nicht nötig sei. Was hat denn im Buchdruckgewerbe gesunde Preisverhältnisse gebracht. Doch nur die energische Aushaltung der Schmutzkonzurrenz durch das gemeinsame Wirken der Prinzipale und Arbeiter in der Tarifgemeinschaft. Und wer wollte es den Buchdruckern vergönnen, daß die Abnehmer ordentliche Preise bezahlen müssen, die eine gesunde Existenz ermöglichen? Darum sollte sich aber gerade die Presse hüten, einer Industrie, wie der Tabakindustrie entgegen zu treten, wenn sie gebündelte Preisverhältnisse anstrebt."

Soweit sind wir nämlich in unserer Industrie noch nicht, daß übermäßige Gewinne erzielt werden. Wir wollten nur wünschen, daß die Preise an sich einmal auf eine gesündere Basis gebracht würden. Vielleicht erkennen auch die Herren Fabrikanten bei dem jetzigen Kampfe einmal, wie zweckmäßig auch nach dieser Richtung eine Tarifgemeinschaft wäre. Darum ist es wichtig, der Ausdehnung der Organisation entgegenzutreten. Wir wollen also im allgemeinen unsern Standpunkt dahin zum Ausdruck bringen, daß die Verhältnisse in der Tabakindustrie an sich schon, als auch unabhängig von einer Steuererhöhung, eine bessere Preisregelung notwendig gemacht hätten."

Darum handelt es sich nach unserer Ueberzeugung aber gegenwärtig für die Interessenten in der Hauptsache nicht. Sie wollen vor allem die durch die Steuererhöhung erhaltene Mehrbelastung abwälzen."

Gegenüber verschiedenen Parteiblättern, die sich über die Höhebestimmung beklagt hatten, wird angeführt:

"Darüber hat man doch im Reichstage keinen Zweifel haben können, daß die auf den Konsum treffende Belastung höher sein muß, als die nachteilige Belastung durch die neuen Steuern. Daß die Preise sich in manchen Sorten zunächst etwas aufräumen werden, mag zutreffend sein, doch dürfte hier die scharfe Konkurrenz mit durchaus notwendigen Sorten bald ausgleichend wirken. Daß aber nicht zu viele neue Sorten eingeführt werden, daran haben die Arbeiter das allergrößte Interesse. Zunächst bieten gerade diese Neuerungen am allermeisten Anlaß zu Beschwerden der Arbeiter über Schädigungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis. Die meisten Mißstände und Streitigkeiten erwachsen in unserm Bereiche gerade auf diesem Gebiete. Bei der vorliegenden Frage der Preisabwälzung durch Einführung neuer Sorten würde es sich naturgemäß um die Verwendung geringeren Materials und Verkleinerung der Formen handeln. Beides bedeutet aber gewöhnlich Kürzung des ohnehin nicht zu hohen Verdienstes, weil dieser in der Regel für den Arbeiter umso höher ist, je höher der Preis des Fabrikates überhaupt ist. Dazu kommt, daß von einer solchen Verschlechterung der größte Teil der Arbeiter betroffen würde, weil z. B. in der Zigarrenindustrie bis zur Preisabwälzung bis zu 7 Pfg. einschließlich vor Inkrafttreten des neuen Tabaksteuergesetzes 92 1/2% der Arbeiter beschäftigt waren."

Zum Schluß wird gesagt: "Wie wir also ersehen, liegt in der Tabakindustrie die Sache so, daß ein Anknüpfen gegen die Preis-erhöhungen auch für die Arbeiter sehr nachteilige Folgen haben kann."

Alles in allem wünschen wir, daß jezt eine gesunde Preiserhöhung vorgenommen wird, damit auch die Arbeiter einmal in bessere Verhältnisse kommen. Nach Angabe aller bürgerlichen Parteien und der Regierung hat sich das Pulitztan nach einer höheren Belastung der Tabakindustrie geradezu geföhnt. Darum sollen u. S. die Konsumenten aber auch dazu beitragen, daß die Arbeiter gebündelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekommen. Wenn dadurch die furchtbare Ungenugenschaft im Bereiche etwas zurückgebrängt wird, so liegt das nicht zuletzt im Interesse der Allgemeinheit und besonders auch des Raucher."

Aus gegnerischen Organisationen.

Wieder Einer! Vor dem Schöffengericht zu Goslar a. S. hatte sich am Mittwoch, den 11. August, ein Mitglied des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte, Tischler S. Wolf aus Goslar, hatte am 20. Juni d. J. die Tischler Götze und Spitzer ohne jeglichen Grund beleidigt und mißhandelt, die Angegriffenen gehörten beide dem auf nationalem Boden stehenden christlichen Holzarbeiterverbande an. Es wurde in der Gerichtsverhandlung folgendes festgestellt: Im März d. J. traten bei der Möbelfabrik F. Wagner zu Goslar eine Anzahl dem sozialdemokratischen Verband angehörende Tischler in den Streit, angeblich wegen Abregelung eines Tischlers, allerdings ist bis heute weder in der sozialdemokratischen Parteipresse noch im Verbandesorgan der sozialdemokratischen Holzarbeiter eine genaue Darstellung des Sachverhalts erfolgt, so daß man fast behaupten möchte, die Streitenden wußten überhaupt nicht, warum sie streikten. Es blieb daher ein Teil der Tischler in Arbeit und sie beschloßen, sich auf nationalem Boden zu organisieren, darunter ein Arbeiter, der 4 Jahre lang dem sozialdemokratischen Verband angehört hatte. Dies erregte natürlich den Horn der sozialdemokratisch organisierten Holzarbeiter und schloßen diese den "Kollegen in Christo" blutige Rache. Auf der Straße wurden die christlich organisierten Arbeiter angepöbel, kurzum, wo sie sich sehen ließen, waren die "Produkte sozialdemokratischer Erziehungsarbeit" bereit, die "Brüderlichkeit" zu betätigen. Am Sonntag, den 20. Juni, waren zwei christlich organisierte Holzarbeiter zu einem Tanzvergügen, wozin auch der Angeklagte kam und dann an den beiden christlich organisierten Tischler sein Mitleiden zu fühlen versuchte.

In der Verhandlung gab der Angeklagte an, sinnlos betrunken gewesen zu sein und könne er sich nichts mehr erinnern. Er erzählte dem Gerichtshof, daß er am Nachmittag des betreffenden Tages schon in einem Vergnügungskolossal mit zwei Soldaten Differenzen gehabt habe und dann vom Wirt hinausgeworfen worden sei, darauf wäre er in ein Lokal mit Damenbedienung gegangen, habe mit einer Kellnerin eine Flasche Wein getrunken, die Dame war ihm dann "zu früh" fortgelaufen, worüber er in der Wirtchaft dann auch landalierte, er wolle für "sein Geld auch etwas haben" und wurde dann auch dort auf "ungewöhnlichem Wege" an die Luft befördert. Von da ging er dann zu dem Schauspieler seiner Heidenstadt, wegen "ren er sich nun zu verantworten hatte. Der Gerichtshof fand es aber auffällig, daß der Angeklagte, der sinnlos betrunken gewesen sein will, sich nur solche Leute als Objekte seiner "Heidenstadt" ausgesucht hatte, die dem christlichen Holzarbeiterverband angehörten. Durch Zeugen wurde dann auch festgestellt, daß von einer sinnlosen Trunkenheit keine Rede sein konnte, wenn auch der Angeklagte am anderen Morgen im Krankenhaus aufgewacht sein will. Der Amtsanwalt beantragte denn auch für jeden Fall eine Gefängnisstrafe von vier Wochen, insgesamt sechs Wochen. Das Gericht ging über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und erachtete eine Strafe von sechs Wochen für jeden Fall als angemessen und erkannte wegen Körperverletzung auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten Gefängnis, weil das Gericht annahm, daß nicht pure Kaufkraft das eigentliche Motiv der strafbaren Handlung gewesen sei, sondern der Umstand, daß die Mißhandlungen bei der Firma Wagner arbeiteten und nicht dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband angehören wollten.

Auf solche Mitglieder können die sozialdemokratischen Gewerkschaften stolz sein, wir beneiden sie darum nicht.

Ein Fachabteilungs-Schwindler. Bekanntlich suchten die "Berliner" Facharbeiter vor einigen Wochen im oberchristlichen Augewerbe auf Kosten der Arbeiterinteressen einen Tarifvertrag zu kommen. Als die Gewerkschaften dort in einem Kampfe standen um Verbesserung der Lohnverhältnisse, schloßen sie hinterwärts mit dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes einen Vertrag ab, der nicht

nur die bisherigen schlechten Verhältnisse festlegte, sondern auch für die Zukunft den Arbeitgebern eine bequeme Handhabe zu weiteren Verschlechterungen bot. Den Arbeitgebern wird dies sehr willkommen sein, denn sie verhoffen, wie es in einem Geheimvertratte der Mitglieder hieß, damit, einen Stamm arbeitswilliger Leute zu behalten, andererseits in die geschlossenen Organisationen der Zentralverbände der Arbeiter zu dringen. Zimmerer, Deutschlands und des Reichsverbandes der christlichen Bauhandwerker Deutschlands... einen Fick hineinzutreiben... Der beabsichtigte jämmerliche Arbeitervertrag der Berliner... scheiterte, denn denselben fehlten die Mitglieder. Wohl oder übel mußten sich die Arbeitgeber bequemen, mit den erwähnten Verbänden einen Vertrag abzuschließen, der auch eine Lohnaufbesserung von 3 Pf. pro Stunde brachte. Doch die Berliner geben das Spiel noch nicht verloren. Was nicht ist, kann noch werden, so denken sie und haben zu dem Zwecke folgendes Rundschreiben in alle Welt an ihre Vereine gefandt:

Arbeitervorstand
des Verbandes der katholischen
Arbeitervereine (Sig. Berlin),
Katholik, 23. Juli 09.
Ew. Hochwürden!

Die verbündeten sozialdemokratischen und christlichen Organisationen haben während des kurzen bewährten Lohnkampfes im Baugewerbe des oberhessischen Industriebezirks in ihren Versammlungen wie auch bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande nach dem Einigungsamt stets behauptet, (?) wir hätten keine Mitglieder. Durch dieses Vorgehen haben dieselben auch erreicht, daß unsere Organisation von den zuerst mit den Arbeitgebern geschlossenen Verhandlungen, wie auch später vor dem Einigungsamt ausgeschlossen wurde.

Der neue, eben abgeschlossene Tarifvertrag hat nur Gültigkeit bis zum 1. April 1910. Die neuen Verhandlungen sollen bereits im Dezember d. J. begonnen. Da die Arbeitgeber uns gegenüber erklärt haben, daß sie mit unserer Organisation zuerst verhandeln würden, ist es notwendig, daß wir den Arbeitgebern wie auch unseren Gegnern nachweisen können, daß wir in Oberhessen die Mehrheit haben. Zu diesem Zwecke bitten wir Eure Hochwürden, die Mitglieder des dortigen Verbandes, welche im Baugewerbe beschäftigt sind, in die anliegenden Listen einzutragen zu lassen, und letztere uns umgehend ausgefüllt zurückzusenden.

Im Voraus bestens dankend, zeichnet
Euer Hochwürden ganz ergebener
Diener,
Latta, Arbeitersekretär.

Dieses interessante Schreiben wird, wie gesagt, in alle Himmelsteile verschickt. Das vorstehend abgedruckte ist an einen Verein in der Nähe Hamburgs gerichtet. Da bleibt nur ein zweifaches übrig: Entweder werden in ganz Deutschland Abteilungen von „Berliner“ Bauarbeitern gesammelt, um die oberhessischen Bauunternehmer bei den künftigen Verhandlungen hinterm Licht zu führen, oder es ist den Fachabteilungen von letzteren nahegelegt worden, daß bei genügendem Support von „Arbeitswilligen“ der Vertrag mit ihnen geschlossen werden würde. Ob das glücken wird, ist allerdings eine andere Frage. Schärfer wie hier ist aber wohl kaum schon die Dynamik auch die Charakterlosigkeit der „Berliner“ bewiesen worden.

Allgemein Gewerkschaftliches.

Der Generalstreik der bayrischen Spiegelglasmacher wurde am 16. August nach 15 wochenlanger Dauer durch Abschluß eines Tarifvertrages beendet. Der mit aller Erbitterung geführte Kampf, an welchem ca. 300 Arbeiter in 14 Glasbläsen beteiligt waren, hat in seinem Verlauf eine Menge interessanter Momente zutage gefördert. Insbesondere verdient dabei die Haltung der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftspresse das lebhafteste Interesse der gesamten Arbeiterwelt. Unmittelbar nachdem die Unternehmer den alten Tarifvertrag genehmigt hatten, erklärten in „Fachgenosse“, dem Organ des sozialdemokratischen Glasarbeiterverbandes, der mit kaum 30 Mitgliedern an der Bewegung beteiligt war, während alle übrigen Arbeiter nahezu vollständig dem christlichen Keram- und Steinarbeiterverband angehören, ein Artikel, in dem den Hüttenbesitzern in verblühter Form nahegelegt wurde, nur feste zugreifen und den neu vorliegenden Entwurf ausgiebig auf Kosten der Arbeiter zu verschlechtern, weil sich die im christlichen Verband organisierten Arbeiter doch nicht wehren könnten. Der Artikel hatte seine Wirkung getan. Den Arbeitern wurden die einschneidendsten Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen zugemutet. Nun stehen die Gewerkschaften alle Hebel in Bewegung, die Glasmacher zu möglichst hohen Forderungen anzufeuern. Gleichzeitig und während des ganzen Verlaufes des Streikes, besonders aber stets unmittelbar vor stattfindenden Verhandlungen, wurde den Arbeitgebern in allen Varianten zugeredet, nicht nachzugeben, es wäre eine Kleinigkeit, die Arbeiter völlig wiederzuringen, weil der christliche Verband kein Geld habe usw. Unter den Arbeitern dagegen wurde eine geradezu infernalische Hitze entfacht, weil sich der christliche Verband überhaupt auf Unterhandlung eingelassen habe. Es müßte mindestens ein Jahr gestreift werden, um den Arbeitern waderwärtig zu machen, daß alle Versuche, die unzulässige Einigkeit der Glasarbeiter zu zerschmettern, schließlich, wurde mittels erschütternder Unterredungen einiger christlich organisierter Arbeiter unter den schonbedingtesten Vorbedingungen eine Konferenz einberufen, zu der die christlich organisierten Glasarbeiter eingeladen wurden. Auch dieser Gewerkschaft nicht glückte. Die geheimen Beschlüsse der Kommission wurden sofort immer wieder den Fabrikanten vortragen. Nachdem endlich, trotz aller Ermahnungen dieser widerwärtigen „Arbeiterfreunde“, die Unternehmer zum beharrlichen Widerstand gegen die Arbeiterforderungen angesetzt — was selbst vom offiziellen Organ des Vereins deutscher Spiegelglasfabrikanten, dem „Nouveau“, offen zugegeben wurde — die Verschärfung der geplanten Verschlechterungen sowie die Erfüllung verschiedener Arbeiterwünsche erreicht waren, hatte selbst der sozialdemokratische Gewerkschaftsrat in einer Glasarbeiterkonferenz erklärt, daß es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich gewesen wäre, mehr zu erreichen. Sofort aber wurde den Fabrikanten wiederum der Beschluß, den Streik abzubrechen, auch wenn keine weiteren Zugeständnisse mehr erreichbar seien, mitgeteilt, mit dem Erguß, daß die Fabrikanten, die noch zu verschleichenen Konzeptionen bereit gewesen wären, jede weitere Verbesserung ablehnten. Nun, nachdem der Tarif abgeschlossen ist, der ohne die tote Gewerkschaft mindestens um 20% günstiger für die Arbeiter ausgefallen wäre, nimmt die ganze rote

Presse ein wahres Indianergeheul an, daß der christliche Verband seine Mitglieder verraten und nicht mehr erreicht habe. Ein so schändlicher Verrat und eine solche Summe von Niedertracht, wie sie die Sozialdemokratie beim bayrischen Spiegelglasmachereirei an den Tag gelegt hat, ist noch selten in der deutschen Arbeiterbewegung beobachtet worden. Müßten die Arbeiter hieraus die richtigen Konsequenzen ziehen.

Ausstellungen Arbeitswilliger. Die Arbeiter des badien Aluminiumwerkes in Badisch-Altenfelden standen wegen Lohnforderungen im Streit. Trotz der müßiggelassenen Ruhe, welche die Streikenden an den Tag legten, wurden dieselben von Arbeitwilligen beschimpft und bedroht, worin sich besonders ein Werkmeister jüdischer unheimlich hervortrat. Am Freitag, den 13. August kamen 27 Arbeitswillige aus Frankfurt an. Frauen hatten dieselben, doch nicht anfangen und den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen. Der schon genannte Meister jüdischer nebst acht Arbeitwilligen mit Revolver bewaffnet, legte die Waffe zum Schrecken an. Ein Arbeiter suchte denselben davon zu hindern und erhielt einen Schlag durch die Hand. Jüdischer legte zum zweiten Male an, worauf ihm der Schuhmann Kessel die Waffe aus der Hand nahm. Eine Wachtung jüdischer legte trotzdem der anwesenden Besatzung ab, angeblich, weil der Meister sich in guter Stimmung befände. Jüdischer hatte sich eine größere Menschenmenge, besonders aus den unmittelbaren Fabriken, angeammelt, welche die Verhaftung jüdischer forderte. Als die Wachen ungefähr 50 bis 60 Meter von dem Aluminiumwerke entfernt waren, fielen aus denselben plötzlich Gewehrschüsse. Ein Arbeiter fiel sofort nieder, ein zweiter ist bereits gestorben und einem dritten ging eine Kugel durch den Arm. Der erschossene Deutsche hinterließ Frau und vier Kinder, der Staliener ist ebenfalls Vater von drei Kindern. Die beiden Erschossenen waren überhaupt nicht an dem Revolver beteiligt, sondern in anderen Fabriken beschäftigt und standen mit der Menge auf der Straße als Neugierige. Hierdurch erbittert, demolierten die Arbeiter Fenster der Fabrikräume und Fabrikwohnungen. Der christliche Gewerkschaftssekretär Engel hielt auf der Straße Ansprachen in beschwichtigendem Sinne. Die Ruhe wurde auch bald wieder hergestellt. Ueber den Tod wurde der Belagerungszustand verhängt. 150 Mann Militär und drei Polizeiwagen (1) wurden stationiert. Uns will es scheinen, als wenn die Polizeibehörde den Arbeitswilligen gegenüber zu viel Rücksicht geübt habe. Selbst hängende Blätter geben zu, daß das Verhalten der Streikenden immer maßhaltiger war. Die Arbeiter standen auch ausnahmslos auf Seiten der Streikenden.

Sämtliche Streikenden gehörten bis auf einige dem christlichen Metallarbeiterverbande an. Es ist bekanntlich, daß eine Firma, welche leichter bis zu 25 Prozent Dividende verteilen konnte, es eher zu solchen Ausschreitungen kommen ließ, als den Arbeitern eine kleine Lohnbesserung zu bewilligen.

Der Streik ist nun am Montag, den 16. August beendet worden. Die Arbeit wurde unter folgenden Bedingungen aufgenommen: Der Arbeiter wurden 10 Prozent Lohnbesserung, eine Teuerungszulage von 20 Pfennig pro Schicht und die Bildung eines Arbeiterausschusses bewilligt. Alle Streikenden sind wieder eingestellt. An die Vorgänge in Badenfelden knüpfen sich die unglücklichsten Gerüchte. Die „Neue Badische Landeszeitung“ berichtet in ihrer Nummer vom 17. August über einen Demonstrationstag mit roter Fahne zu dem Zwecke des erschossenen Jüdischer. Mehr der christliche Gewerkschaftssekretär Engel nach die Streikenden, die fast ausschließlich Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes sind, haben mit solchen Vorurteilen etwas zu tun. Die Sozialdemokratie, welche bei der Bewegung nicht auf ihre Rechnung gekommen ist, wird derweilen Umstände heranzuführen, um von sich reden zu machen. Zu entscheidenden Augenblick, als die Behörden und die christlichen Arbeiterführer sich bewähren, eine Einigung herbeizuführen, trieben die Sozialisten, wie schon oft bei dergleichen Angelegenheiten, ein jüdisches, arbeiterfeindliches Spiel. Sie verunglückten die Arbeiter zu verlocken, so daß sogar polizeiliche Hilfe gegen die rote, ungewerkschaftliche Kampfbewegung in Anspruch genommen werden mußte. Die Streikenden haben sich jedoch nicht beeindrucken lassen von diesem Treiben und daher gelang es dem christlichen Metallarbeiterverbande, trotz der Heße der Sozialen, einen ehrenvollen Frieden abzuschließen.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Können Krankengelder gepfändet werden?
Ein einer privaten Krankenkasse Angehöriger war einem Lieferanten einen Betrag schuldig geblieben, den dieser nicht erhalten konnte. Als der Schuldner einmal erkrankte, nahm der Gläubiger die günstige Gelegenheit wahr, pfändete den Anspruch des Krankenden gegen die Privatkrankenkasse auf Auszahlung des künftigen Krankengeldes und ließ sich diesen zur Einziehung überweisen. Der Kranke erhob Beschwerde gegen diese Pfändung, und das Landgericht Kiel erachtete sie auch für begründet. Damit war aber der Gläubiger nicht einverstanden, vielmehr erhob er seinerseits Beschwerde gegen den Gerichtsbescheid. — Inzwischen hat auch das Oberlandesgericht Kiel diesen erachtet, das das Krankengeld der Pfändung nicht unterworfen sei. Der Gläubiger hatte nämlich behauptet, nur künftige Krankengelder seien nicht pfändbar, daß aus einer Krankenkasse herrührend, der der Beschuldete angehören müsse, nicht jedoch dasjenige aus einer privaten Krankenkasse, diese Beträge seien vielmehr der Pfändung ebenso unterworfen, wie beispielsweise die Versicherungsprämien aus Verträgen mit Versicherungsge... lichen.

Der genannte Gerichtsbescheid sprach sich jedoch dahin aus, daß § 850, Abs. 1, Ziffer 4 der Zivilprozessordnung nicht in diesem Sinne ausgelegt werden könne. Diese Gesetzesbestimmung besagt nämlich ausdrücklich, daß der Pfändung nicht unterworfen sind die aus Krank-, Hilfs- oder Sterbekassen zu beziehenden Gehältern. Ein Unterschied zwischen Gehältern, die aus öffentlichen Kassen und solchen, die aus privaten Kassen fließen, ist im Gesetz nicht gemacht. Es ist auch nicht ersichtlich, warum Mitglieder von Krank-, Hilfs- oder Sterbekassen nur versicherungspflichtige Personen sein könnten, wie der beschwerdeführende Gläubiger meint oder daß das Gesetz sich verhalten will, daß dem Schuldner die ihm zustehenden Leistungen aus Kassen, denen er angehören muß, nicht entzogen werden, um nicht den Zweck dieser Bestimmungen in Frage zu stellen.

Das Gesetz will vielmehr alle Gehältern, die dem Unterhaltungsbedürfnisse dienen, mögen sie aus öffentlichen oder privaten Kassen fließen, der Pfändung entgegenstellen. Dem Unterhaltungsbedürfnisse dient aber auch der eigenen Darstellung des Versicherungsnehmers der dem Schuldner gegen die rechtliche Krankenkasse zustehende Anspruch. Allerdings ist der Anspruch auf die Versicherungsprämien aus Verträgen mit Versicherungsge... nicht unter den § 850,

Abf. 1, Ziffer 4 der Zivilprozessordnung. Um einen solchen Anspruch handelte es sich im vorliegenden Falle aber nicht.

Allgemeines.

Der Zentralverband der deutschen Ortskrankenkassen, dem 267 Kassen mit 4 Millionen Mitgliedern angehören, hielt vom 8. bis 10. d. Mts. in Bremen unter Teilnahme von etwa 500 Vertretern seine Jahresversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung beschäftigte. Die Berichte wurden erstattet über das erste Buch des Gesetzentwurfes (Gemeinsame Vorschriften) von Röllender-Leipzig, über das zweite Buch von Graf-Frankfurt a. M. (Umfang, Gegenstand und äußere Verfassung der Krankenversicherung), Professor Stier-Somlo-Bonn (Innere Verfassung der Krankenversicherung), Härtelung der Beiträge und des Stimmrechts, Verzeitrage) und Kohn-Berlin (Versicherung der landwirtschaftlichen und unständigen Arbeiter und der im Wandergewerbe beschäftigten Arbeiter, der Dienstboten und der Hausgewerbetreibenden), über das dritte Buch (Unfallversicherung) von Bauer-Berlin, über das vierte Buch (Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung) von Starke-Berlin, über das fünfte und sechste Buch (Beziehungen der Versicherungsträger untereinander, Verfahren von Sydnor-Berlin, also zum Teil von denselben Rednern, die auch auf dem allgemeinen Krankenkonferenzen im Mai über die gleichen Fragen berichtet hatten. Wesentliche neue Gesichtspunkte traten weder in den mit Beifall aufgenommenen Berichten noch in der innerhessischen Diskussion zutage. Die Härtelung des Stimmrechts in den Krankenkassen, die Einführung der freien Arztwahl wurden verworfen, die neuen Bestimmungen über die Kertze- und Apothekerangelegenheiten als zum Teil unannehmbar, andererseits unzureichend bezeichnet, die Landkrankenkassen wegen der ungenügenden Leistungen und der mangelnden Selbstverwaltung verworfen, die Befreiung der Betriebs- und Jungmännlichen Krankenkassen und eine weitergehende Zentralisation der Ortskrankenkassen gefordert. Im ganzen wurden die Bestimmungen, abgesehen von der auch als ungenügend bezeichneten Ausdehnung der Versicherungsspflicht, als ein Rückschritt gegenüber dem geltenden Recht gekennzeichnet, auch behauptet, daß die neuen Bestimmungen über das Verfahren das Vertrauen in die Rechtsprechung weiter untergraben werden.

In einem von Kohn-Berlin begründeten Antrage wurde die Notwendigkeit einer weiteren Förderung der prophylaktischen Aufgaben der Krankenkassen, in erster Linie der Einführung der Familienversicherung betont, in einem zweiten von Graf-Frankfurt a. M. begründeten Antrage die Forderung aufgestellt, daß die Kassenärzte in den mit ihnen abzuschließenden Verträgen zur Ausstellung von Gutachten für die von ihnen behandelten Unfallverletzten verpflichtet würden. Beiden Anträgen stimmte die Versammlung ohne Debatte zu. Die zur Reichsversicherungsordnung gestellten nur Nebenpunkte berührenden Anträge wurden dem geschäftsführenden Ausschuss überwiesen.

Ein Arbeitgebervertreter Wolff-Meck stellte zum Schluß unter allgemeinem Beifall fest, daß die anwesenden Arbeitgebervertreter mit den Ausschüßmitgliedern der Berichterstatter durchwegs einverstanden seien, daß es auf dem Gebiete der Sozialpolitik keine Sonderinteressen gebe und selten ein harmonischeres Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern stattgefunden habe als in den Krankenkassen.

Die Aufwendungen der 31 deutschen Versicherungsanstalten für gemeinnützige Wohnungsbeschaffung betragen, wie die „Soziale Praxis“ mittelt, Ende des Jahres 1908, einschließlich der Aufwendungen der Kassenarrichtungen, in Millionen Mark:

Verfahren	Besicherungs-Anzahlen	Kassen-einzel	Zusammen
Darlehen für den Bau von Familienwohnungen	210,3	1907: 15,3	225,6
Darlehen für den Bau von Leihwohnungen, Hospizen usw.	13,8	187,4	13,8
Darlehen für den Bau von Krankenheilstätten usw.	324,4	15,7	340,7
Für Befriedigung des landwirtschaftl. Kreditbedarfs	91,0	4,9	95,9
Summa	639,5	35,9	675,4
(1907: 548,9)			
Dazu für die eigenen Heilanstalten voranzugeht	47,2	6,5	53,7
Gemeinnützige Vermögensanlage insgesamt	686,7	42,4	729,1

Somit sind die Aufwendungen, die durch die Invalidenversicherung für gemeinnützige Wohnungsbeschaffung gemacht werden, ganz bedeutende, und auch in dieser Hinsicht zeigt sich die Wohlthat des fraglichen Gesetzes.

Briefkasten.

Mehrere Zuschriften mußten für die nächste Nummer liegen bleiben. Die Redaktion.

Versammlungskalender.

- Badert. 5. September, 11 Uhr, bei Peter Müller.
- Bismarckshaus. 11. September, 8 1/2 Uhr, bei Edmund Schneider.
- Cottbus. 11. September, 8 1/2 Uhr, im eogl. Vereinshaus.
- Corneliansberg. 12. September, 5 1/2 Uhr, bei Wagemann, Generalversammlung.
- Dahlhausen (Wupper). 5. September, 2 Uhr, bei Gustav Hepp.
- Derfling. 12. September, 5 Uhr, bei Julius Lorenz.
- Ditteln. 12. September, bei Joh. Fölsche, Eckschmiederei, 5 1/2 Uhr, bei Hermanns-Schmied, 6 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Döhring. 5. Sept., 11 Uhr, im Paulshaus.
- H.-Hilbendach-Wismenbergh. 5. September, 6 Uhr, bei Jos. Stranacher, Badhauenerstraße im Dippm.
- H.-Gladbach-Pardebrösch-Beich. 12. September, 10 1/2 Uhr, bei Kammerning.
- Holt. 12. September, 11 Uhr, bei David Kerp.
- Hünzingen. 5. September, 8 Uhr, im Hotel Germania.
- Mühlhausen in Thüringen. 4. September, 8 1/2 Uhr, bei Anton A. Schöbe, Felsenstraße, christl. Gewerkschaftsverei.
- Oberhausen. 5. September, 4 1/2 Uhr, bei R. Bismann, Reichsland, öffentliche Versammlung.
- Sierßen, Bezirk Hamm. 5. September, 10 1/2 Uhr, bei H. B. Beyer.

I. Bezirk (Krefeld).

Sonntag, 26. September, nachmittags punkt 2 Uhr findet die Bezirkskonferenz statt.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht;
2. Das neue Unterstützungswesen;
3. Statistik;
4. Agitation;
F. A.: Der Bezirksvorsitzende J. Besch.
NB. Ort und Lokal wird später bekannt gegeben.

II. Verbandsbezirk (M.-Gladbach).

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 26. September, nachmittags 2 1/2 Uhr statt. Tagesordnung und Tagungsortal wird durch Schreiben den Ortsgruppen zugehen. Die Wahl der Delegierten (§ 40 und 43 des Statuts) zur Konferenz ist, wo solche noch nicht getätigt, unverzüglich vorzunehmen und dem Unterzeichneten mitzuteilen.
Wilh. Hermes, Bezirksvorsitzender.

III. Verbandsbezirk (Machen).

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 5. September in Machen, im Lokale des Herrn Jos. Franzen, Kleinmarschierstraße 19, statt. Anfang punkt 10 1/2 Uhr vormittags.
Die Tagesordnung wird den Ortsgruppen durch Schreiben bekannt gegeben.
Die Wahl der Delegierten zur Konferenz erfolgt gemäß § 40 und 43 unseres Verbandsstatuts.
F. A.: Ewald Weber, Bezirksvorsitzender.

IV. Verbandsbezirk (Barmen).

Unsere Bezirkskonferenz findet am Sonntag, dem 26. September, morgens punkt 10 Uhr beginnend, in Elberfeld im Reichshof, Neustraße 16, statt.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden und Bericht der Delegierten.
2. Bericht über die Tätigkeit der Branchenkommissionen. (Kollege Arnold Hamacher.)
3. Vortrag über Agitation. (Kollege Ernst Blantzenagel.)
4. Vortrag über die Ideale der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. (Kollege Ewald Bollmann.)
5. Wahl des Bezirksvorsitzenden.
Die Ortsgruppen werden gebeten, in den nächsten Mitgliederversammlungen die Konferenz-Delegierten zu wählen (§§ 40 und 43 des Statuts), und sind die genauen Adressen derselben bis spätestens 15. September dem Unterzeichneten mitzuteilen.
D. Fahrenbrach, Bezirksvorsitzender.

V. Verbandsbezirk (Westliches Münsterland).

Die diesjährige Konferenz unseres Bezirks findet am Sonntag, den 12. September in Coesfeld im Lokale des Herrn Kleinherne, Lutterstraße, statt. Beginn 11 1/2 Uhr vormittags. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden und Bericht der Delegierten, 2) Die Angriffe der Sozialdemokraten auf unsern Verband und unsere Stellung hierzu, 3) Vortrag über den Wert statistischen Materials, 4) Verschiedenes.
F. A.: Adolf Benzing, Bezirksvorsitzender.

XII. Bezirk Bamberg-Gulda.

Agitationskonferenzen finden statt:
Für die im nördlichen Bayern gelegenen Ortsgruppen am 19. September in Bamberg.
Für die in Hessen gelegenen Ortsgruppen am 26. September in Fulda.
Die Ortsgruppen werden gebeten, nach §§ 40 und 43 der Verbandsstatuten Delegierte zu wählen. Tagungsortal und Tagesordnung wird den Ortsgruppen noch durch Schreiben bekannt gegeben.
Gerh. Müller, Bezirksleiter.

XIII. Bezirk: Thüringen-Sachsen-Brandenburg.

Bezirkskonferenzen finden statt:
Sax. Vogtland:
Am 5. September in Greiz im „Volkshaus“, Badstraße.
Sax. Oberlausitz:
Am 12. September in Zittau in der „Volkshaus“.
Sax. Niederlausitz:
Am 26. September in Forst im „Evangelischen Vereinshaus“, Frankfurterstraße 23.
Anfang jeweils 10 Uhr vormittags.
Tages-Ordnung:
1) Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden und Berichterstatterung der Delegierten;
2) Unterstützungswesen und Statistik (Referent Bwig);
3) Wie gestalten wir unsere Versammlungen am besten und angehend? (Referent Kümmele);
4) Verschiedenes, Wünsche und Anträge.
Die Ortsgruppen wollen in ihren nächsten Versammlungen Delegierte wählen (§§ 40 und 43 des Statuts).
Ernst Kümmele, Bezirksleiter.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Johann Porten in Schiefbahn.
Josef Krotzi in Schiffbek.
Friedrich Ostendorf in Bocholt.
Wilh. Kommerling in Warendorf.
Kaspar Plans in Markt-Redwitz.
Ehre ihrem Andenken!

Mitglieder,

agitiert für den Verband!